

Zeitung vom Lëtzebuenger Vollek



Leitartikel Nationale Politik Internationale Politik Aus den Betrieben Kultur Inland

INTERNATIONALE POLITIK

Gerangel um Renminbi

EU-Staaten wollen bei Gründung von Entwicklungsbank in Peking dabei sein



Seit Jahren bemüht sich China um eine Anpassung der Strukturen aus dem Vertrag von Bretten Woods – namentlich der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds – an das heutige wirtschaftliche Kräfteverhältnis in der Welt. Diese Strukturen werden, was die Stimmrechte anbelangt, seit Ende des Zweiten Weltkrieges noch immer von den USA und ihren NATO-Verbündeten dominiert, obwohl deren Anteil an der Weltwirtschaft besonders im Vergleich zu China und anderen großen Entwicklungsländern wie Indien und Brasilien stark zurückgegangen ist.

Im Jahre 2008 gestand man China – nicht auf Kosten der USA, sondern der europäischen Verbündeten – eine leichte Erhöhung der Stimmrechte zu, doch der Kongreß der USA hat dieses Abkommen nie ratifiziert, so wie er viele internationale Abkommen nicht ratifiziert, da sie den Interessen der USA zuwiderlaufen würden.

China sah sich deshalb gezwungen, mit anderen Ländern alternative Strukturen zu schaffen, um den unberechtigten Ansprüchen der USA auf die Welt dominanz zu begegnen. Zu den chinesischen Bemühungen gehört die Internationalisierung der chinesischen Währung RMB (Renminbi oder auch Yuan). Als größte Handelsmacht ist China auch der größte Handelspartner vieler Staaten, nicht nur in Asien, sondern auch in Afrika und Südamerika. Der bilaterale Warenaustausch mit diesen Ländern wird jetzt immer mehr in den Währungen der jeweiligen Länder abgewickelt, ohne über eine Drittwährung, beispielsweise den US-Dollar, abrechnen zu müssen. Das vermeidet Währungsrisiken und den Abschluß von Versicherungen, um solche Risiken abzudecken.

In China rechnet man damit, daß in diesem Jahr ein Drittel des chinesischen Außenhandels in RMB abgewickelt werden wird, wodurch die chinesische Währung in den Kreis der drei größten im Warenhandel aufsteigen wird.

Zeitung vom Lëtzebuenger Vollek

Boîte postale 403
L-4005 Esch-sur-Alzette

Die Redaktionsräume

3, rue Zénon Bernard
L-4030 Esch-sur-Alzette

Tel. : 446066 - 1
Fax. : 446066 - 66
Email : info@zlv.lu

Ansprechpartner Archiv

Kontakt

Name : *
Vorname :
Straße :
PLZ / Ort :
E-mail : *

(*) Pflichtangaben

Anfrage senden

Es ist daher verständlich, daß sich alle großen Finanzplätze um die Abwicklung von Geschäften in chinesischer Währung bemühen, unter anderem auch Luxemburg.

Mit anderen BRICS-Staaten (BRICS: Brasilien, Rußland, Indien, China, Südafrika) hat China im vergangenen Jahr, um der Arroganz von Weltbank und IWF entgegenzutreten – man erinnere sich an die Knechtung Griechenlands durch die »Troika« – eine eigene Internationale Entwicklungsbank und auch einen Währungsreservefonds gegründet. Beides soll mit der von den USA dominierten Weltbank und dem IWF in Konkurrenz treten. IWF-Chefin Christine Lagarde sah sich deswegen schon gezwungen, den Renminbi als vierte Währungsreserve neben Dollar, britischem Pfund und japanischem Yen in die Sonderziehungsrechte des IWF aufzunehmen.

Die jüngste Initiative Chinas ist die Gründung der neuen Asiatischen Investitionsbank AIIB (Asian Infrastructure Investment Bank) mit Sitz in Peking. In den USA ist man ziemlich aufgebracht, weil diese neue Bank eine Konkurrenz zu der schon lange bestehenden und von den USA gesponserten Asiatischen Entwicklungsbank ADB (Asian Development Bank) mit Sitz auf den Philippinen sein wird. Die ADB war seinerzeit als wirtschaftliches Anhängsel des Südostasienpakts (SEATO) gedacht, der 1954 die Zwillingsgeburt des NATO-Pakts war und den Kommunismus in Vietnam, Laos und Kambodscha zurückdrängen sollte. Aber angesichts der Niederlagen im schmutzigen Krieg der USA in Vietnam traten 1972 Pakistan und 1974 Frankreich aus der SEATO aus. Die Auflösung des Südostasienpakts im Jahre 1977 war somit ein Kollateralschaden des von USA verlorenen Krieges.

Ähnlich könnte es der ADB ergehen, in welcher Japan, der treueste Alliierte der USA in Asien, das Sagen hat. Obwohl die USA starken diplomatischen Druck auf ihre asiatischen Vasallen ausüben, nicht der neuen AIIB beizutreten, haben Singapur, Thailand, Neuseeland und zuletzt sogar Südkorea – trotz der Präsenz von Zehntausenden USA-Militärs – ihren Willen bekundet, Gründungsmitglied der neuen AIIB zu werden. In Australien überlegt man noch, ob man zusammen mit rund 20 anderen Ländern der Region dabei sein will.

Doch es kommt noch schlimmer. Auch in Europa sind einige der treuesten NATO-Verbündeten der USA willens, Fahnenflucht zu begehen. Britannien, das perfide Albion, das trojanische Pferd der USA in der EU, will mit Frankreich, Deutschland und Italien Gründungsmitglied der AIIB werden. Aber auch die Schweiz und sogar das marianische Luxemburg wollen mit von der Partie sein. Bei der Schweiz ist das verständlich, da das Land als erstes in Europa kürzlich ein Freihandelsabkommen mit China abgeschlossen hat und wegen der von den USA gegen Schweizer Banken auferlegten großen Strafen weniger geneigt ist, Rücksicht auf USA-Interessen im Pazifischen Raum zu nehmen.

Aber Luxemburg, der treueste Wadenbeißer der USA, immer bereit, sich in jedes neue US-amerikanische militärische Abenteuer einzukaufen und der sogar für die USA Spionageflugzeuge und Satelliten betreibt, soll jetzt mithelfen, gegen Interessen der USA zu verstoßen und will den Rat (oder Befehl), nicht bei der AIIB mitzumachen, ignorieren. Doch wenn man betrachtet, welche riesigen Infrastrukturinvestitionen von China für die nächsten 20 bis 30 Jahre geplant werden, kann man nicht abseits stehen und muß seine ideologischen Scheuklappen ablegen.

Es wird ein großes Hochgeschwindigkeits-Eisenbahnnetz entstehen, welches China nach Süden durch Myanmar und Thailand mit Singapur verbinden soll. Durch Zentralasien nach Westen entsteht eine Seidenstraße. Durch den Bau von neuen Häfen in Indonesien, Myanmar, Sri Lanka und Pakistan soll eine neue maritime Seidenstraße durch den Indischen Ozean entstehen. Das Ganze wird ergänzt durch neue Stromproduktionsanlagen, Flughäfen und Staudämme und könnte eine Gesamtinvestition von über 8.000 Milliarden Dollar ausmachen. Dagegen sieht der

»Juncker-Plan« der EU-Kommission ziemlich mickrig aus.

Aloyse Bisdorff



Freitag 27. März 2015

Copyright © 2007 Zeitung vom Lëtzebuenger Vollek | [Startseite](#) | [Impressum](#) |